

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen Bürger:innen Forums



Ein erschöpfter ukrainischer Soldat. Foto: Oleksandr Glyadyelov

AZB 4001 Basel
Europäisches Bürger:innen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

UKRAINE

Frieden?

Am letzten 24. Februar jährte sich zum vierten Mal der Tag, an dem Russland seine gross angelegte Invasion der Ukraine begann. Im Laufe des letzten Jahres haben Expert:innen auf beiden Seiten oft einen entscheidenden Durchbruch prognostiziert, sei es aufgrund der wirtschaftlichen Probleme Russlands oder der nachlassenden Unterstützung des Westens für die Ukraine. Doch während die Erschöpfung auf beiden Seiten zunimmt, unter anderem durch die jüngsten massiven russischen Angriffe auf das ukrainische Stromnetz, scheint ein Friedensabkommen immer noch in weiter Ferne zu liegen.

Taras Bilous, ein Sozialist, der heute in ukrainischer Uniform dient, fordert seit langem internationale Solidarität mit dem Widerstand der Ukraine. Er kritisiert linke Positionen, die eine Kürzung der westlichen Hilfe für Kiew befürworten, und betont, dass dies lediglich eine Belohnung für die russische Aggression wäre. In einem Interview mit Sasha Talaver erklärt er, warum die Ukrainer:innen zunehmend auf einen Waffenstillstand drängen, aber kein Friedensabkommen akzeptieren können, das die zukünftige Verteidigung des Landes nicht garantiert.* Hier ein Teil des Interviews:

Sasha Talaver: *Wie beurteilen Sie den Fortschritt der Friedensverhandlungen?*

Taras Bilous: Erst seit kurzem können wir sagen, dass echte Verhandlungen stattfinden.

Was im letzten Jahr geschah, war eine Show für Trump. Er hat sich ohne Verständnis für die Situation und mit törichten Illusionen eingemischt und die Lage nur verschlimmert. Als Trump gewann, dachte ich, dass sich die Lage für uns höchstwahrscheinlich verschlechtern würde, aber um ehrlich zu sein, hatte ich insgeheim die vage Hoffnung, dass doch noch ein Wunder geschehen könnte. Obwohl Trump der Letzte ist, von dem ich Hilfe erwarten würde, möchte ich vor allem, wie andere Ukrainer:innen auch, dass dieser verdammte Krieg endlich vorbei ist. Leider wurde schnell klar, dass nichts Gutes zu erwarten war. Wichtig ist, dass Trump in dem Moment als Präsident zurückkehrte, in dem nicht nur die Ukraine, sondern auch Russland, bereits vom Krieg erschöpft waren, wenn auch sicherlich nicht so sehr wie heute. Nach

dem Scheitern der Gegenoffensive von 2023 wurde das Argument, dass «wir unser Volk nicht unter Besatzung lassen können», irrelevant. Im Laufe des Jahres 2024 wuchs in der Ukraine allmählich die Stimmung zugunsten einer Einfrierung des Konflikts, auch innerhalb der Armee. Unabhängig davon, wer die US-Präsidentenwahlen gewonnen hätte, die Verhandlungen hätten ohnehin begonnen.

Und es scheint, dass die ukrainische Regierung dies verstanden hat – der Friedensgipfel 2024 in der Schweiz und die Operation in Kursk waren unter anderem Versuche, ihre Position vor den Verhandlungen zu stärken. Ich denke, viele westliche Analyst:innen verstehen nicht, dass der Hauptgrund für Wolodymyr Selenskyjs Änderung seiner Position zum Waffenstillstand nicht der Druck von Trump war, sondern eine Veränderung der Stimmung der Ukrainer:innen und die Erkenntnis der Realitäten auf dem Schlachtfeld. Selenskyj änderte seine Haltung bereits im November 2024 und stimmte der Möglichkeit zu, den Konflikt einzufrieren, ohne dass Russland alle besetzten Gebiete zurückgibt. Alles deutete in diese Richtung. (...)

Den Krieg einfrieren?

Wenn ich Sie richtig verstehe, glauben Sie also, dass eine Einfrierung des Konflikts derzeit die beste Option wäre. Aber birgt das nicht erhebliche Risiken?

Natürlich ist es ein Risiko. Und es geht nicht nur um die Gefahr eines neuen Krieges, sondern auch um die politischen, wirtschaftlichen und migrationspolitischen Folgen eines

eingefrorenen Konflikts. Je mehr die Ukrainerinnen die Wahrscheinlichkeit eines neuen Krieges erkennen, desto mehr Menschen werden das Land verlassen, sobald dieser Krieg beendet ist. Wenn es tatsächlich möglich wäre, europäische Truppen in der Ukraine zu stationieren, wäre das nicht nur wichtig, um weitere russische Aggressionen zu verhindern, sondern auch einfach, um die Menschen zu beruhigen. Die Fähigkeit der Ukraine, zukünftige Aggressionen abzuwehren, hängt auch davon ab, wie die Gesellschaft den Ausgang dieses Krieges wahrnimmt. Aber jeden Tag zahlen wir einen sehr hohen Preis für die Fortsetzung unseres Widerstands, und das schafft andere Risiken.

Selbst wenn der Ukraine formelle Sicherheitsgarantien gegeben werden, könnte eine neue russische Invasion noch einige Zeit nach dem Waffenstillstand beginnen, und die Bedingungen wären für uns viel schlechter als jetzt. Dies würde zur Besetzung des grössten Teils der Ukraine führen. Wenn wir jedoch den aktuellen Krieg fortsetzen, besteht die Gefahr, dass die Frontlinie irgendwann zusammenbricht, was zu demselben schlechten Ergebnis führen würde. Ich halte es nicht

für eine gute Idee, einen Zermürbungskrieg fortzusetzen, bis wir herausfinden, wer über grössere Kraftreserven verfügt. Die Lage an der Front ist nicht so schlecht, dass wir gezwungen wären, den Bedingungen Russlands zuzustimmen, von denen viele inakzeptabel sind, weil sie das Risiko einer neuen Invasion erhöhen würden. Dies gilt insbesondere für die Forderung Russlands, den nicht besetzten Teil des Donbass kampfflos aufzugeben. Dennoch können wir es uns auch nicht leisten, maximalistische Ziele zu setzen. Wir können uns nicht den Luxus leisten, dies alles als eine theoretische Frage zu betrachten. Unser Leben hängt davon ab. (...)

Nach dem Krieg

Kommen wir zu eher zivilen Themen. Wie wird Ihrer Meinung nach die ukrainische Politik nach dem Krieg aussehen?

Erstens muss die Ukraine intakt bleiben, damit es eine ukrainische Politik geben kann. Zweitens hängt die Antwort, meiner Meinung nach, stark vom Ausgang des Krieges und den Bedingungen des Friedensabkommens ab. Aber sicherlich wird sich die Politik erheblich verändern.

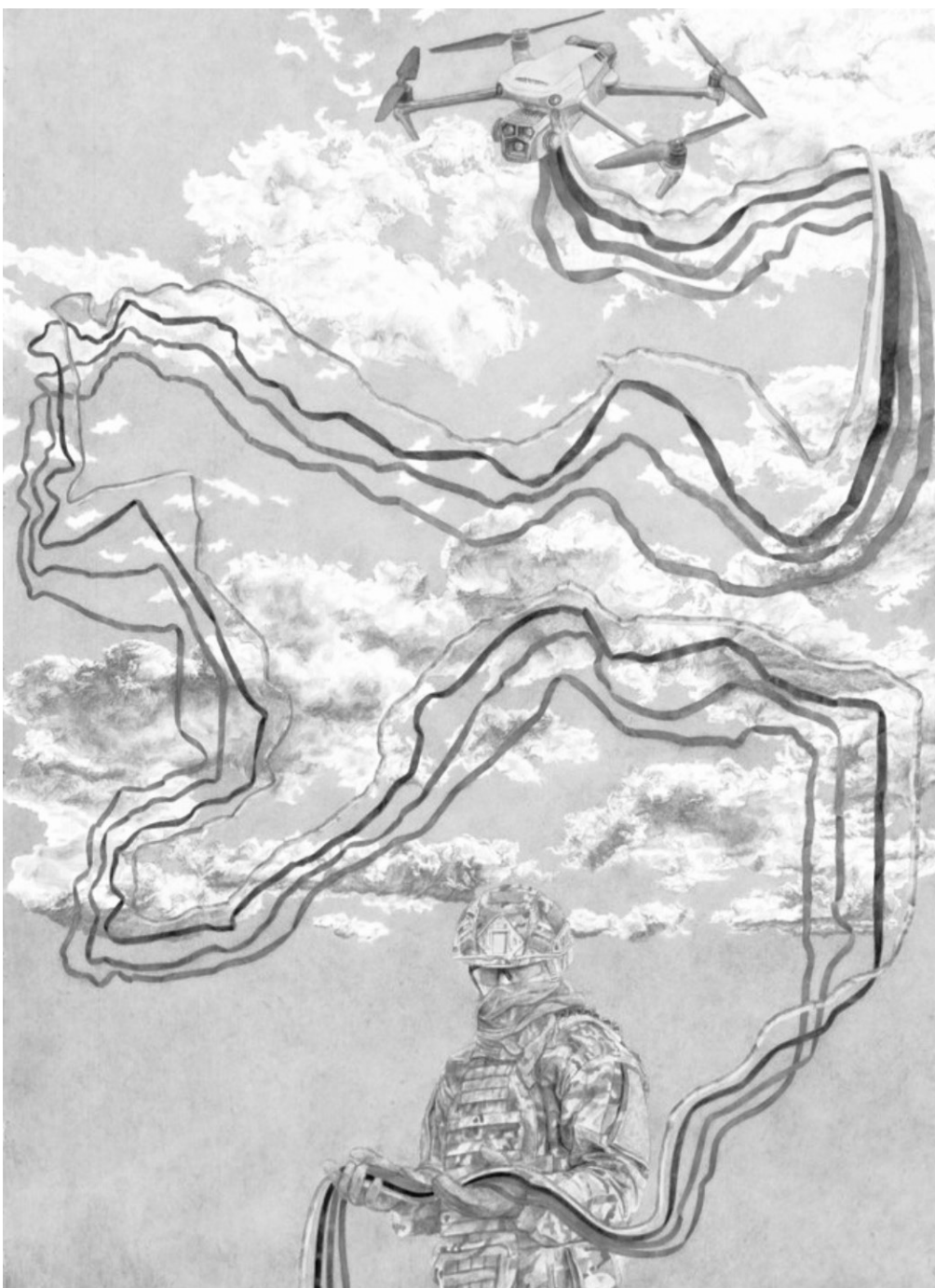
Die traditionellen ukrainischen Oligarchen haben durch den Krieg viel verloren. Zusätzlich zu den wirtschaftlichen Verlusten stehen viele von ihnen unter politischem Druck – fünf der zehn reichsten ukrainischen Oligarchen unterliegen Sanktionen von Selenskyj. Ihor Kolomoyskyi, der Selenskyj 2019 zum Sieg verhalf, befindet sich seit 2023 in Untersuchungshaft. Der Einfluss der von Oligarchen kontrollierten Fernsehsender hat erheblich abgenommen. Gleichzeitig ist ein neuer militärisch-industrieller Komplex entstanden, aus dem nach dem Krieg sicherlich neue politische Unternehmer hervorgehen werden.

Und was ist mit der ukrainischen extremen Rechten?

Auch hier wird alles vom Ausgang des Krieges abhängen. Wenn er als Niederlage angesehen wird, kann die extreme Rechte behaupten: «Wir hätten das besser handhaben können», und viele Menschen werden ihnen glauben. Im Laufe der Jahre haben sie sich ausreichend symbolisches Kapital erarbeitet, um dies zu tun. Wird der Ausgang als Sieg (wenn auch nicht als vollständiger) wahrgenommen, wird es für sie schwieriger sein, ihre militärischen Erfolge in politisches Kapital umzuwandeln. Im Allgemeinen dürfte der Einfluss der extremen Rechten im Vergleich zur Vorkriegszeit zunehmen; dies ist fast überall auf der Welt der Fall. Aber ich wäre mir dessen nicht hundertprozentig sicher. Nach dem Maidan schien es zunächst auch, als stünde uns ein Aufstieg der extremen Rechten bevor: «Svoboda» war eine der drei wichtigsten Oppositionsparteien und trat der neuen Regierung nach dem Maidan bei, und der «Rechte Sektor» war die bekannteste radikale Organisation auf dem Maidan. Stattdessen begann Svoboda nach dem Maidan zu schwächeln, der Rechte Sektor konnte nicht an seinen Erfolg anknüpfen, und die Azov-Bewegung brauchte Jahre, um ihre Strukturen aufzubauen und junge Menschen anzusprechen. Im Jahr 2019 schien es eine Zeit lang, als hätten sie eine neue Chance bekommen, doch stattdessen geriet die extreme Rechte in eine neue Krise. Hinzu kommt der «Trump-Faktor» – ein Teil der ukrainischen Rechtsextremen unterstützte Trump bis 2025 und wird nun dafür kritisiert. Dies lässt sich mit Kanada vergleichen, wo Trumps Druck die Umfragewerte der Konservativen untergrub und stattdessen den Liberalen half. Es ist jedoch schwer zu sagen, wie bedeutend dieser Einfluss in der Ukraine sein wird.

Wie sieht es mit der ukrainischen Linken aus?

Tatsache ist, dass wir ziemlich schwach sind. Wie in anderen postsozialistischen Ländern musste die antistalinistische Linke in der Ukraine bei Null anfangen. Während jedoch in Polen, Slowenien, Kroatien und anderen Ländern die neue Linke seit 2014 gewisse Erfolge erzielen konnte, haben in der Ukraine die Annexion der Krim und der Krieg im Donbass die Linke gespalten und geschwächt. Die Invasion von 2022 hatte dann eine andere Wirkung – es kam zu einer Reaktivierung, und 2023 wurde sogar die Studentenvereinigung «Direct Action» wiederhergestellt. Unsere Aktivitäten werden jedoch durch das Kriegsrecht und die Tatsache erschwert,



«Anarchistische und antiautoritäre linke Drohnen.» David Chichkan, 2024, Aquarell

dass viele erfahrene Aktivist:innen in der Armee dienen. Einige sind auch an der Front gestorben wie der anarchistische Künstler David Chichkan, der Anthropologe und Autor der Commons-Zeitschrift Evheny Osievsky und andere. Der russische Anarchist Dmitry Petrov, unser Genosse und Autor bei Commons, starb ebenfalls im Kampf auf ukrainischer Seite.

Die Aktivitäten der Student:innenvereini-gung Direct Action sind nun auch aufgrund des Drucks der extremen Rechten schwieriger geworden. Während die extreme Rechte uns zu Beginn des Krieges keine Beachtung schenkte, kam es 2024 erneut zu Konflikten. Aber die Bedingungen der Konfrontation haben sich nun geändert. So versuchte die extreme Rechte beispielsweise 2024, die Präsentation eines Studentenmagazins in Odessa zu stören, aber anarchistische Veteran:innen kamen den Student:innen zu Hilfe. Letztes Jahr inszenierte der Anführer der russischen Neonazis in der Ukraine, Denis Kapustin, eine Provokation bei der Beerdigung von David Chichkan, wurde aber von anarchistischen Soldat:innen in Schach gehalten.

Was die Zukunft angeht, hängt wieder alles stark vom Ausgang des Krieges ab. Es mag kontraintuitiv klingen, aber wenn die Ukraine verliert, wird die extreme Rechte ihren Einfluss vergrößern, und in diesem Fall werden wir höchstwahrscheinlich als Kollektiv verschwinden. Die nächste Generation von Linken wird gezwungen sein, wieder bei Null anzufangen.

Einige westliche Linke reden immer noch von den «alten linken» Erben der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in der Ukraine, die 2022 zusammen mit anderen pro-russi-

schen Parteien verboten wurden. Wie beantworten Sie Fragen dazu?

Normalerweise zeige ich einfach ein Video einer rassistischen Werbung von Natalia Vitrenko, deren Partei sich «Progressive Sozialistische Partei der Ukraine» nannte. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es besser ist, so etwas einfach einmal zu zeigen, als zu versuchen, alles mit Worten zu erklären.

Verantwortliches Handeln

Derzeit gibt es unter den europäischen Linken viele Diskussionen über die Erhöhung der staatlichen Ausgaben für Verteidigung und Militarisierung. Was halten Sie davon?

Ich bin kein Experte für europäische Verteidigungsfragen und hatte bisher nicht viel Zeit, mich genau darüber zu informieren, wohin die Verteidigungsausgaben in Europa derzeit fließen. Wir arbeiten mit der Linken in den nordischen Ländern zusammen, und ich habe den Eindruck, dass sie viele gute Ideen zu diesem Thema haben. Sie haben beispielsweise ein europaweites Embargo für Waffenverkäufe überall ausser in der Ukraine vorgeschlagen – meiner Meinung nach war das eine grossartige Idee. Generell ist internationale Sicherheit ein Thema für ein separates, langes Gespräch. Aber ich möchte zu einer Sache etwas sagen: In den sozialen Medien geben einige europäische Linke, die gegen die Wiederaufrüstung sind, manchmal der Ukraine die Schuld dafür. Aber das ist eine Argumentation, die den Opfern die Schuld gibt. Der Grund für das neue Wett-rüsten ist nicht der Widerstand der Ukraine, sondern die russische Invasion. Wenn die Ukraine verliert, wird sich die Militarisierung nur noch verstärken.

Eine letzte Frage: Welche Schlussfolgerung sollte die internationale Linke Ihrer Meinung nach aus Trumps erstem Amtsjahr ziehen?

Es gibt viele mögliche Schlussfolgerungen. Ich werde nur sagen, was mich am meisten beunruhigt. Im vergangenen Jahr hat der reaktionäre US-Präsident das getan, was die «kriegsfeindliche» Linke gefordert hat. Was hat das gebracht? Mehr Aggression, mehr zivile Opfer und mehr Zerstörung. Die Lage hat sich nur verschlimmert. In dieser Situation hätte die «Antikriegs»-Fraktion meiner Meinung nach umdenken müssen. Aber ich sehe immer noch keine Anzeichen dafür. Die Logik vieler «Antikriegs»-Linker scheint zu sein: «Wir, die Ukrainer, haben diesen Krieg provoziert, also werfen wir jetzt die Opfer der Aggression den Wölfen zum Frass vor.» In Trumps Version heisst es: «Werfen wir die Opfer den Wölfen zum Frass vor und rauben wir sie aus.» Trotz der humanistischen Rhetorik liefen alle Vorschläge in der Praxis darauf hinaus, die Ukraine angesichts der imperialistischen Aggression schutzlos zu lassen. Es sollte mittlerweile klar sein, dass dies der falsche Ansatz ist. In den 1990er Jahren zwangen die USA die Ukraine, ihre Atomwaffen an Russland abzugeben, wodurch wir verwundbar wurden. Die Verantwortung der USA besteht nun darin, der Ukraine zu helfen, und nicht darin, den Aggressor zu belohnen.

Das Interview führte Sasha Talaver, eine feministische Aktivistin aus Russland, Doktorandin im Fach Gender Studies an der Central European University in Wien.

*Taras Bilous ist ukrainischer Historiker, Herausgeber von «Commons: Journal of Social Criticism» und Aktivist der Organisation «Social Movement». Das Interview ist auch in der Januar-Ausgabe von Emanzipation.org erschienen.

LIBANON

Konkrete Solidarität

Charlotte, Schweizerin und Französin, lebt seit zehn Jahren in der Bekaa-Ebene im Libanon und ist dort in dem landwirtschaftlichen Saatgutprojekt «Buzuruna Juzuruna»¹ engagiert. Vor eineinhalb Jahren haben wir ihren Appell für die Unterstützung der Geflüchteten aus dem Südlibanon im Archipel veröffentlicht. Heute sind der Schrecken und die Not unvorstellbar grösser. Hier ihr Augenzeugenbericht:

Ich möchte die Erfahrungen dieser Zeit – sowohl auf persönlicher als auch auf kollektiver Ebene – teilen, aber auch unsere Rolle als «Buzuruna Juzuruna» in all dem. Ich möchte darauf hinweisen, dass ich keine Journalistin bin; ich schreibe sehr gerne über das, was wir hier erleben, aber ich habe nicht das «Fingerspitzengefühl» einer Journalistin und bin

mir nicht sicher, ob ich es überhaupt haben möchte.

Die Nacht vom Sonntag, dem 1. auf den 2. März, war nicht der Beginn des Krieges im Libanon, sondern lediglich dessen Fortsetzung. Seit Oktober 2023 hat der Krieg nie aufgehört. Die zionistische Entität² hat das libanesische Gebiet weiter bombardiert,

und die Zahl der Toten und Verletzten ist permanent gestiegen. Die Bombardierungen, die Zerstörung, die Ausbringung von weissem Phosphor und das Versprühen von Glyphosat durch die israelische Armee auf den Feldern im Süden verursachen einen andauernden Ökozid. Die Gewalt der zionistischen israelischen Armee ist nichts Neues, sie dauert schon seit Jahrzehnten an. In der Nacht Anfang März feuerte dann die Hisbollah mehrere Raketen in Richtung des besetzten Palästinas ab, nach Monaten des Schweigens unter den Bomben des Feindes. Die Reaktion der israelischen Armee war wie jedes Mal. Vielleicht wollten sie diesen Moment nutzen, um das zu vollenden, was sie begonnen hatten: eine «Pufferzone» im Südlibanon zu schaffen und zu besetzen, um die Bevölkerung im Norden des besetzten Palästinas zu «schützen» – so sagen sie es. Aber handelt es sich nicht vielmehr um die Idee der Schaffung von «Gross-Israel»? – Besetzung und Aneignung von Land und Wasser; die Möglichkeit, unter den Augen der internationalen Gemeinschaft weiterhin illegal Land zu besetzen, ohne jegliche Reaktion seitens der

westlichen Länder. Das ganze Land ist der Gewalt des zionistischen Staates ausgesetzt. Die «sicheren» Zonen werden immer weniger sicher. Sich fortzubewegen ist ein Risiko; eine Rakete kann überall und auf jeden einschlagen. Die Angriffe auf Fahrzeuge richten sich meist gegen Menschen aus den Bewegungen des bewaffneten Widerstands. Doch die zivilen Ziele sind weitaus zahlreicher. In weniger als zwei Wochen wurden fast 830 Menschen getötet, darunter 100 Kinder, mehr als 2000 Menschen verletzt und fast eine Million Menschen vertrieben, vor allem aus dem Süden des Landes, dem Süden Beiruts und der Bekaa. Jeden Tag steigen diese Zahlen. Vor knapp 30 Minuten wurde eine neue Evakuierung im Süden des Landes angekündigt.

Die Bevölkerung muss sich bis zu mehr als 40 Kilometer nördlich der Grenze zum besetzten Palästina begeben. Der pure Wahnsinn. Und jeden Tag erreichen uns diese Nachrichten auf unseren Handys. Kein einziger Tag der Ruhe, keine Minute Ruhe. Evakuierung um Evakuierung, Massaker um Massaker, Bombardements um Bombardements. Wie zum Beispiel das Massaker von Nabi Shit: 40 getötete Menschen für die Leiche eines Israelis, die seit 40 Jahren vermisst wird. Aber auch ganze Familien wurden während des Iftars (des Fastenbrechens) ermordet. Oder auch Bombardements in Wohngebieten im Zentrum von Beirut, mitten in der Nacht. Oder das Massaker am grossen Strand von Beirut, wo Vertriebene in ihren Zelten schliefen. Das

Ergebnis: 12 Tote, darunter Kinder, und etwa 30 Verletzte. Die Gewalt dieses Krieges ist schrecklich und psychisch sehr belastend.

Gemeinsam überleben

Nachdem so eine Situation bereits vor knapp anderthalb Jahren erlebt wurde, tauchten die Bürgerinitiativen bereits wieder in den ersten Stunden dieser neuen Eskalation des Krieges auf. Viele von ihnen hatten ihre Arbeit nie wirklich aufgehört, da viele Menschen nicht nach Hause zurückkehren konnten – aus einem einleuchtenden Grund: Ganze Dörfer waren von der Landkarte getilgt worden. Jetzt wurden zunächst Suppenküchen eröffnet, als Hunderttausende von Menschen auf der Strasse landeten. Bars und Restaurants



Das Team von Buzuruna Juzuruna (Die Samen sind unsere Wurzeln) in der Bekaa-Ebene im Libanon. Foto: Charlotte

dienen als Solidaritätskantinen. Hunderte von Menschen sind arbeitslos geworden und können sich daher an all diesen Initiativen beteiligen. Das Schöne an diesem Chaos ist, dass man sich gegenseitig unterstützt, dass man spürt, dass Solidarität da ist. Gemeinsam ist alles möglich, und ehrlich gesagt hat dieses Volk so viele Krisen erlebt und durchgemacht, dass es heute auf alles vorbereitet ist. Im Handumdrehen weiss es zu reagieren. Das Kantinensystem ermöglichte es, so viele Abendessen wie möglich (während des Ramadans) an die Vertriebenen in den Aufnahmезentren und an diejenigen auf der Strasse zu verteilen, die keine Zuflucht gefunden hatten. Viele Spenden (Gemüse, Hülsenfrüchte etc.) kommen von lokalen Erzeuger:innen wie uns, «Buzuruna Juzuruna», und anderen Höfen, mit denen wir zusammenarbeiten. Aber das reicht bei weitem nicht aus. Es besteht ein enormer finanzieller Bedarf, um Lebensmittel für die Zubereitung der Mahlzeiten sowie Küchenutensilien zu kaufen. Manche Küchen erfüllen mehrere Funktionen, wie beispielsweise «Nation Station», die am Tag nach der Explosion im Hafen von Beirut im Jahr 2020 eröffnet wurde und immer noch aktiv ist; sie ist nicht mehr nur eine Küche, sondern auch eine Gesundheitsstation und vieles mehr. Die Volksbewegungen sind die Hoffnung dieses Landes, während der Staat weitgehend absent ist. Ohne all das, was auf die Beine gestellt wurde, hätten die meisten Vertriebenen weder Zuflucht noch Essen gefunden. Auch wäre nichts da gewesen, um sich mitten im Winter zu wärmen, während die Nächte noch kühl sind und der Regen für eine gute Woche zurückgekehrt ist.

Heute, angesichts der enormen Massenbewegungen, die täglich durch die zionistischen Evakuierungen ausgelöst werden, steigt die Zahl der Vertriebenen rasant an. Die Anzahl der Unterkünfte reicht nicht aus, und ein Teil der Bevölkerung wird ausgegrenzt, zum Beispiel die Syrer:innen und Palästinenser:innen, weil in bestimmten Unterkünften Libanes:innen Vorrang haben. Die Anderen bleiben daher grösstenteils auf der Strasse.

Im September 2024, als der Krieg ausbrach, fanden sich Tausende von Migranten und Migrantinnen aus dem Kafala-System³, von den Philippinen, aus dem Sudan, aus Äthiopien, Sri Lanka u.a. auf der Strasse

wieder, da ihre «Herren» das Haus ohne sie verlassen hatten und sie auf der Liste für die Zuteilung einer Unterkunft ganz unten standen. Heute haben viele Vereine Notunterkünfte eingerichtet, um sie aufzunehmen und zu versorgen, doch leider befinden sich viele von ihnen immer noch draussen, ohne Obdach. Um uns herum übernehmen viele Kollektive und Freundeskreise die Verantwortung, Geldmittel zu beschaffen und lebensnotwendige Güter zu kaufen: Schlafgelegenheiten, Wärmequellen, warme Kleidung, Milch für die Kinder, Damenbinden (wie der Verein Jeytna, der Hygieneartikel bereitstellt), Hygiene-Sets... Wichtig ist es, bei diesen Aufgaben konsequent zu bleiben und einen guten Rhythmus mit den betreuten Menschen aufrechtzuerhalten, denn sehr schnell geraten einige in Vergessenheit und stehen ohne Hilfe da. Das «Beirut Art Center» hat seine Türen für Freiwillige geöffnet, die Kissens herstellen wollen, und bietet noch andere Arbeitsmöglichkeiten an. DADA, ein anderer Kunst-Ort, nimmt Spenden in Form von Kleidung, Medikamenten, Spielzeug und Babymilch entgegen und ist gleichzeitig ein Ort zum Ausruhen.

Was wir machen

Der Bauernhof von «Buzuruna Juzuruna» liegt in der Bekaa-Ebene, zwanzig Minuten von der syrischen Grenze und eine Stunde von Beirut entfernt. Unser Ziel ist es, für Ernährungssouveränität zu kämpfen und die Agrarökologie zu fördern. Der Hof ist bis jetzt – und ich hoffe, das bleibt so – von den Bombardements verschont geblieben. Wir haben das Glück, eine kleine Oase der Ruhe zu haben. Heute ist es unsere Pflicht, die Bewegungen zu unterstützen, die während des Krieges entstanden sind. So verteilen wir derzeit an Solidaritätskantinen Hunderte von Kilogramm Lebensmittel, die wir selbst produzieren: Linsen, Kichererbsen, Bohnen, Erbsen, Bulgur, aber auch frisches Gemüse der Saison wie Kohl, Karotten, Chicorée, Frühlingszwiebeln... Jede Woche beliefern wir mehrmals verschiedene Kantinen. Bislang arbeiten wir mit fünf davon in Beirut, einer in Okaibeh und einer in Akkar zusammen und haben etwa 1450 kg Getreide und Hülsenfrüchte sowie 300 kg Gemüse verteilt.

Jede:r beteiligt sich, so gut er kann, an die-

ser Initiative und bringt seine Zeit und seine Energie ein. Während des Krieges im Jahr 2024 waren wir alle am Ende unserer Kräfte. Wir haben also alle aus unseren Fehlern gelernt. Wichtig ist, darauf zu achten, wenn möglich, sich selbst nicht zu vergessen, denn genau das will sie (die israelische Armee), indem sie Krieg führt und Chaos sät: alle erschöpfen, das Leben unerträglich machen und alle zermalmen. Sich zu schützen bedeutet also auch, mehr geben zu können. Zusammenzuhalten, eines der wichtigsten Elemente, sich unterstützt zu fühlen, kann unsere Energie angesichts dieses Chaos nur stärken, um besser Widerstand leisten zu können. Ich habe während dieser zwei Kriegswochen gespürt, wie viel besser wir kommunizieren konnten. Natürlich steigen die Spannungen, die Erschöpfung, die Wut und die Traurigkeit sind so präsent, dass alle jeden Moment explodieren könnten. Aber die Tatsache, dass wir zusammen sein müssen und wollen, verändert die Lage. Wir lernen, was wichtig ist. Gemeinsam Widerstand zu leisten, bedeutet, stärker Widerstand zu leisten. Wir können nicht zulassen, was gerade geschieht. Zu viele Tote, zu viele Verletzte, Traumatisierte, Vertriebene... Es ist eine regelrechte ethnische Säuberung, die von Israel gewollt ist.

Abschliessend möchte ich hier einige Initiativen (siehe Kasten) vorstellen, die es zu unterstützen gilt, denn jede Spende kann den Unterschied ausmachen. Zögert auch nicht, Veranstaltungen zu organisieren – wir können euch gerne darin zu unterstützen!

Charlotte,
Buzuruna Juzuruna

1. Buzuruna Juzuruna = «Die Samen sind unsere Wurzeln.»

2. Zionistische Entität = israelischer Staat. Die Wortwahl der Autorin betreffend Israel könnte bei einem Teil der Leserschaft von Archipel umstritten sein; die Verantwortung liegt bei der Autorin. Trotzdem hat sich die Redaktion entschlossen, den Text ohne Veränderungen zu publizieren – als direkte Stellungnahme im Angesicht der Dramatik der Situation im Libanon. Der Zionismus (hebräisch: zionut) ist sowohl eine Nationalbewegung als auch eine ethnonationalistische Ideologie, die die Errichtung eines jüdischen Nationalstaats in Palästina anstrebte und diesen seit der Gründung des Staates Israel 1948 bewahren und verteidigen will. (Wikipedia). Es ist wesentlich, den Unterschied zwischen «Antizionismus» und «Antisemitismus» zu kennen!

3. Das Kafala-System ist ein rechtlicher Bürgerschaftsmechanismus, der vor allem im Nahen Osten und in den Golfstaaten zur Regulierung ausländischer Arbeitskräfte eingesetzt wird. Es bindet den Aufenthaltsstatus eines Wanderarbeiters oder einer Wanderarbeiterin an einen Arbeitgeber («Kafil»), der damit erhebliche Macht bekommt, die oft zu Ausbeutung, Beschlagnahmung von Ausweispapieren und anderem Missbrauch führt.

UNTERSTÜTZUNGSMÖGLICHKEITEN

- «**Support for BuJu and food sovereignty in Lebanon**» von Dan Fox für Buzuruna Juzuruna
www.crowdfunder.co.uk/p/support-for-bu-ju-lebanon
- «**For Lebanon: For Temporary Hearths in Essential Times**» von Azul Thome für verschiedene Nothilfegruppen
www.gofund.me/0165c9816
- «**Confluences des luttes en solidarité pour le Liban**» für verschiedene lokale Vereine, darunter «Buzuruna Juzuruna»
www.fnd.us/02h8g7?ref=sh:5Doo8:sh:2uIFfNP1RDj2uIFfNP1RDj
- «**Roots of Resistance**» von Bassima, Marwan und unseren Freund:innen für den Kauf und die Verteilung von Hilfsgütern für Vertriebene. IBAN-Überweisung: IBAN: FR28 3000 2066 7700 0024 5668 P83 / BIC: CRLYFRPP
Verwendungszweck: Urgence Liban Oder: www.pots.lydia.me/collect/pots?id=89795-urgence-liban-buzuruna-juzuruna

Migrieren, um zu leben ...

... und nicht, um zu sterben. Eine Karawane durch den Senegal, um die Familien von denjenigen zu treffen, die auf den Migrationsrouten verschwunden sind.

Im Jahr 2024 sind 43.000 Menschen auf dem Seeweg auf den Kanarischen Inseln angekommen. Die NGO «Caminando Fronteras» schätzt jedoch, dass mehr als 10.000 Menschen während der Überfahrt verschwunden sind. Seit Jahren hören wir diese erschreckenden Zahlen, die zu den Statistiken der Ohnmacht hinzukommen. Man fragt sich, wozu sie gut sind, wenn sie nicht dazu beitragen, dass sich die Situation ändert und die Schiffsunfälle aufhören. Der Verein «Boza Fii»¹ im Senegal kämpft für Freizügigkeit und für die Würde der Verschwundenen. Jedes Jahr organisiert er eine Karawane durch das Land, um die Familien von Migrant:innen zu treffen, die auf dem Weg nach Europa ums Leben gekommen oder verschwunden sind. Boza Fii kämpft gegen Grenzen in seinem Land, aber auch auf internationaler Ebene innerhalb des Netzwerks Alarm Phone². Als Mitstreiter:innen wurden wir grosszügig in dessen Karawane aufgenommen. Die Vertiefung internationaler Beziehungen erscheint unerlässlich, um den Kampf zu stärken. Als Franzosen und Französinen geniessen wir das Privileg, frei reisen zu können. Mit diesem Bericht möchten wir die Erfahrungen von denjenigen teilen, die nicht die Möglichkeit haben, diese nach Europa zu bringen.

Für die vierte Ausgabe seiner Karawane der Verschwundenen macht sich der Autokonvoi des Vereins Boza Fii aus den Vororten von Dakar in Richtung Tambacounda auf den Weg. Nach einer mehrstündigen Fahrt erreichen wir den Osten Senegals, eine Region am Schnittpunkt der Strassen nach Mali, Guinea und Gambia. Diese ländliche Region ist wie viele andere geprägt von zahlreichen

Auswanderungen nach Europa auf den langen und gefährlichen Wegen über das Meer und die Wüste. Fast jeder Haushalt hat eine Geschichte über Angehörige, die während ihrer Migration verschwunden sind. Oft werden sie von ihren Familien vermisst, nachdem sie zum Beispiel seit acht Monaten, vier Jahren, zehn Jahren ... nichts mehr von ihnen gehört haben. Etwa dreissig Mitglieder von Boza Fii begleiten diese Karawane. Die meisten von ihnen hatten bereits das Abenteuer der Migration gewagt, um schliesslich mit all dem, was sie ihre Reise gelehrt hat, in ihr Land zurückzukehren. Oft haben sie selber auf den Migrationsrouten geliebte Menschen verloren.

Zuhören schafft Erleichterung

Wir transportieren die Küche, die riesige aufblasbare Leinwand, die Lautsprecheranlage, die Transparente und die T-Shirts des Vereins mit uns. Die Idee beinhaltet, jeweils zwei Tage in jedem Ort zu bleiben, insgesamt zehn Tage lang. Wir beginnen in Kothiary, einem grossen Dorf am Rande von Tambacounda. Bei unserer Ankunft stellt ein Team dem Bürgermeister, den Bezirksvertretern und dem Imam die Initiative vor, während ein anderes Team auf einem kleinen Platz den Raum für Diskussionen und Filmvorführungen einrichtet. Am ersten Abend werden Filme über die Unterdrückung der Migration durch Europa, über die Suche nach Vermissten oder «Moi, capitaine» gezeigt, der die schwierige Reise zweier junger Senegalesen nach Italien erzählt. Am nächsten Tag besuchen wir jeweils Familien, die Opfer der Migration zu beklagen haben. Wir treffen Vieux

Ndiaye, er lebt in Ndiaback, einem kleinen Dorf zwanzig Kilometer entfernt. Sein Bruder Daouda Ndiaye ist vor zehn Jahren weggegangen. Vieux Ndiaye musste sein Studium abbrechen, um sich um die Frau und die beiden Kinder seines verschwundenen älteren Bruders zu kümmern. Eines Tages erhielt er einen Anruf, in dem ihm mitgeteilt wurde, dass es einen Schiffbruch gegeben hätte und sein Bruder nicht zu den Überlebenden gehören würde. Die Familie organisierte daraufhin eine Beerdigung. In seinem Dorf, in dem einige Familien von der Landwirtschaft leben, fehlen mehrere junge Männer, ein Bruder, ein Ehemann, ein Sohn.

Unsere Anwesenheit bei den Familien während der Karawane ermöglicht vor allem, eine Verbindung mit ihnen herzustellen, das Schweigen zu brechen, einen Moment des Trostes herbeizuführen und manchmal sogar Antworten zu finden. Es ist schwierig, die Gratwanderung zwischen unserem Mitgefühl und der Vorsicht, Wunden nicht neu aufzureissen, zu meistern. «Zuhören erleichtert», sagt Vieux Ndiaye. «Métina, Masta» (Es ist traurig, ich fühle mit dir), sagen wir ihm, während wir seiner Geschichte zuhören. Während wir durch die sandigen Wege und Strassen schlendern, öffnen sich immer wieder Türen zu Geschichten über Verluste. Wie in einem Labyrinth, aus dem es keinen Ausgang gibt, werden wir uns des Ausmasses dieses Phänomens bewusst, das diffus und massiv, aber völlig unsichtbar ist.

Wir treffen eine andere Familie, deren Mutter seit 25 Jahren nichts mehr von ihrem Mann gehört hat. All diese Jahre gab es immer wieder Gerüchte über mögliche Spuren ihres Mannes, und wenn sie ihren Marabut konsultiert, sieht dieser ihren Mann immer noch am Leben. Also hat ihre Familie keine Beerdigung organisiert, und seitdem wartet sie. Als wir den Dorfvorsteher begrüessen, erzählt er uns, dass eine Nachbarin seit zehn Monaten nichts mehr von ihrem Sohn gehört hat. Sie hat darüber anfangs geschwiegen. Er berichtet, wie schwer es für die Familien ist, ihren Schmerz in Worte zu fassen, aus Angst vor Verurteilung und Repression. Wir begleiten ihn zu ihr. Trotz unserer überraschenden Ankunft erzählt sie uns von ihrem Sohn Assane Bah, von dem sie zuletzt gehört hatte, als er sich in Mauretania auf eine Piroge



Mit diesen als Pirogen bekannten einfachen Fischerbooten wagen Menschen die gefährliche Überfahrt zu den Kanarischen Inseln.

begeben wollte. Einige Tage später teilte ihr jemand mit, dass die Piroge angekommen sei, aber es ist fast unmöglich, diese Information zu überprüfen.

Seit Jahren schon haben Boza Fii und Alarm Phone Schwierigkeiten, die Spur derjenigen zu finden, die sich auf die Reise begeben haben. Es gibt keine internationale Suchorganisation für Vermisste auf der Migration. Dennoch suchen überall Menschen nach ihren Angehörigen. Informationen werden informell zwischen Familien, Aktivist:innen, NGOs und Exilierten ausgetauscht. Manchmal sind Migrant:innen angekommen, haben aber alle ihre Kontakte verloren, manchmal sind sie inhaftiert. In diesen Fällen gelingt es ihnen in der Regel nach einer Weile, ihre Familie zu kontaktieren. Aber es gibt auch die sogenannten unsichtbaren Schiffsunfälle. Pirogen, die spurlos auf See verschwinden. Wie viele Menschen sind bei diesen unsichtbaren Schiffsunfällen ums Leben gekommen? Die Migrationsroute über die Kanarischen Inseln gilt als die tödlichste unter den Routen, die nach Europa führen.

Abschreckung funktioniert nicht

Hier im Senegal gibt es, abgesehen von einigen wenigen Initiativen des IKRK³, keine Massnahmen zur Unterstützung der Familien. Insbesondere in psychosozialer Hinsicht sind die Eltern in ihrer unerträglichen Trauer, die manchmal ihre ganze Energie aufzehrt und sie krank macht, völlig auf sich allein gestellt. Die einzige Massnahme der Regierung bestand darin, seit Oktober 2024 eine kostenlose Hotline eingerichtet zu haben, um zur Meldung jeglichen Verhaltens aufzurufen, das als Vorbereitung auf eine Ausreise identifiziert werden könnte. Gegen die Unsichtbarkeit des Leides und gegen die gleichzeitige Kriminalisierung richtet sich unter anderem die Arbeit von Boza Fii.

Boza Fii existiert seit 2020 im Senegal und vertritt öffentlich eine einzigartige und mutige Haltung zu den Problemen der Migration in Westafrika. Boza Fii, was so viel bedeutet wie «hier genauso erfolgreich sein wie dort», fordert das Recht auf Migration als Recht auf Reisen für alle und verurteilt die Tatsache, dass legale Wege durch extrem restriktive Visumspraktiken unmöglich gemacht werden. Das Ziel von Boza Fii ist es, über die konkreten Realitäten der Migration zu reden, damit die zur Auswanderung Bereiten besser vorbereitet sind, wenn sie dann tatsächlich gehen. Ein grosser Teil der Arbeit dieses Vereins besteht darin, das Bewusstsein zu schärfen, um die Rhetorik der Regierung und die repressive Semantik zu entkräften, wonach Menschen, die sich für die Migration entscheiden, illegale Einwanderer, Kriminelle oder bestenfalls psychisch labil sind und selbst dafür verantwortlich sind, sich in Gefahr zu begeben. Diese Rhetorik hat sich in der senegalesischen Gesellschaft und sogar in den Familien der Verschwundenen festgesetzt, wodurch sie zum Schweigen verurteilt werden und sich schuldig fühlen. Doch die Abschreckung gegen Auswanderung funktioniert nicht. «Ich nehme einen jungen Menschen wahr, der an der Beerdigung eines im Meer verunglückten Verwandten teilnimmt, und erfahre noch am selben Abend, dass er in ein Boot gestiegen ist», kommentiert ein Mit-

glied von Boza Fii. Die Entschlossenheit, sich auf die Suche nach einer anderen Zukunft zu begeben, ist manchmal grösser als die Angst vor dem Tod. Denn dieser Aufbruch ist in in einer Reihe von sozialen Zwängen und starken Träumen begründet. Jeder Mensch, der sich für die Migration entscheidet, hat seine Gründe dafür, und diese sind vielfältig. Man könnte versuchen, sie aufzuzählen, aber zweifellos drehen sich alle um eine zutiefst ungerechte und neokoloniale Ordnung der Welt. Eine Ordnung, in der Europa weiterhin die Möglichkeiten von Autonomie in Westafrika einschränkt, während es in der Vorstellung der Menschen nach wie vor ein hohes Ansehen und ein begehrenswertes Image geniesst. Der Westen legt durch seine vorherrschende Ideologie fest, was «gut leben» oder «ein erfolgreiches Leben führen» bedeutet, und behält gleichzeitig die Reichtümer, die dafür notwendig sind, für sich. Und um das Ganze noch zu krönen, gewährt sich Europa allein das ausschliessliche Privileg der Freizügigkeit. Dieser Mechanismus hat etwas Böses an sich.

In seiner Arbeit weist Boza Fii auf die Verantwortung der Europäischen Union für die Gefährdung von Menschen hin, die sich aus den Abkommen zur Externalisierung ihrer Grenzen ergibt. Mit der Verschärfung der Repressionen verlagern sich die Orte für die Fahrten auf die Kanarischen Inseln immer weiter südlich entlang der Atlantikküste: von Marokko nach Mauretanien, Senegal, Gambia und Guinea. Die spanische Guardia Civil ist in den Ausgangsländern für Überwachungs- und Kontrollmassnahmen präsent. Auf See äussert sich die Repression in Form von vorsätzlicher Unterlassung der Hilfeleistung, die zu den Schwierigkeiten der Überfahrt hinzukommt. Um ein Beispiel zu nennen: Vor genau einem Jahr stiegen zehn Jugendliche aus dem Dorf Foundiougne am Ufer des Flusses Saloum, das wir besuchen, mit in ein grosses Einbaumboot, das sich danach zehn Tage lang auf See verirrt. Das Alarm Phone gab die GPS-Position des Bootes weiter und alarmierte unermüdlich die spanischen und marokkanischen Behörden, um es zu retten. Nichts geschah. Das dahintreibende Boot wurde schliesslich von mauretanischen Fischern vor der Küste von Nouadhibou gefunden, aber das schlechte Wetter und die Tage auf See hatten zum Tod oder Verschwinden von 32 Menschen geführt und bei der Ankunft der Überlebenden mussten 73 Menschen ins Krankenhaus gebracht werden. Zwischen dem Zeitpunkt, an dem der Alarm ausgelöst wurde, und dem Zeitpunkt, an dem das Boot

schliesslich in Mauretanien gefunden wurde, vergingen fünf Tage. Fünf Tage offensichtlicher Unterlassung von Hilfe. Es ist klar, dass, wenn ein europäisches Segelboot Notsignale aussenden würde, dieselben Behörden alles in ihrer Macht Stehende täten, um dieses zu retten, während ein Boot mit mehr als 200 afrikanische Menschen an Bord seinem Schicksal überlassen wird. Dies ist ein Verbrechen, das Tausende von Familien in unsägliche Trauer versetzt. Boza Fii kämpft dafür, dass sich die Familien der Opfer zu Wort melden und sich organisieren. So sind bereits verschiedene Kollektive auf Initiative von Menschen entstanden, die Angehörige verloren haben, wie beispielsweise COVES, das Kollektiv der Opfer der Auswanderung im Senegal.

Wir setzen unsere Reise in Tambacounda fort. Wir treffen mehrere Familien, deren Kinder mit demselben Einbaum aufgebrochen waren. Fotos machen die Runde, es gibt scheue Gesten der Trauer und des Trostes, Tee und Gebete, bevor es weitergeht. Unsere Gedanken sind bei allen Menschen, die auf den Migrationsrouten verschwunden sind, und deren Familien. Und wir wünschen uns Reisefreiheit für alle!

Marta und Theo, Freiwillige bei Boza Fii

1. Boza Fii ist ein gemeinnütziger Verein, der ausschliesslich mit Freiwilligen und Spenden arbeitet. Sie können seine Aktivitäten in den sozialen Netzwerken verfolgen und ihn hier unterstützen: www.bozafii.org/

2. Alarm Phone ist eine Notrufnummer zur Unterstützung von Migrant:innen auf ihrer Überfahrt nach Europa. Es ist auch ein transnationales Netzwerk, das für Bewegungsfreiheit und gegen die Politik der Auslagerung von Grenzen kämpft.

3. Die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung umfasst das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften sowie die nationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften.



Foto: lundimatin.am



MEXIKO

Ein Land der Verschwundenen

Vor 20 Jahren begann der mexikanische Staat den Krieg gegen die Drogen. Am 22. Februar in diesem Jahr beschloss die mexikanische Regierung unter dem Druck von Trump, ihre Doktrin gegenüber ihrem Vorgänger zu ändern, und führte eine gross angelegte Militäroperation gegen das Kartell «Jalisco Nueva Generación» und dessen Anführer durch, der dabei getötet wurde. Als Reaktion darauf kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen und Anschlägen, die rund 200 Todesopfer forderten. Im folgenden Artikel möchten wir unseren Leser:innen die Situation in Mexiko anhand einer sozialen Tatsache näherbringen, die selten erwähnt wird: das Verschwinden von Menschen. Die Drogenkartelle spielen dabei eine wichtige Rolle. Der Staat reagiert ambivalent.

Die Ereignisse im Februar, die Mexiko vorübergehend in den Mittelpunkt der Medienberichterstattung rückten, verdecken die möglichen Verbindungen zwischen bestimmten Machtkreisen und dem Drogenhandel. Um eine direkte Intervention der USA auf mexikanischem Territorium zu vermeiden, scheint die mexikanische Präsidentin entschlossen vorgehen zu wollen. Wird sie erneut den Krieg gegen die Kartelle aufnehmen, wie es bereits in den Jahren 2006 bis 2018 der Fall war, und damit die Gewalt weiter eskalieren lassen? Wird die Zerschlagung des mächtigsten Kartells Mexikos einen Nachfolgekrieg auslösen und damit einen Anstieg der Gewalt begünstigen? Welche Rolle spielen die Drogenkartelle bei den Verschleppungen?

Erschreckende soziale Realität

Obwohl das Verschwindenlassen von Menschen seit den Entkolonialisierungskriegen

existiert und Frankreich sich mit dieser Praxis besonders hervorgetan hat, denken wir eher an damalige südamerikanische Diktaturen (Chile, Argentinien), wenn wir an Verschwundene denken. Doch Mexiko, das als Demokratie gilt, kann angesichts der weitaus höheren Zahl registrierter Verschleppungen als Land der Verschwundenen¹ betrachtet werden.

Hier ein Rückblick auf eine soziale Realität, die gleichzeitig massiv, alltäglich und erschreckend ist: Mexiko erreicht mit astronomischen Zahlen von Verschwundenen einen traurigen Höhepunkt. Man spricht von 130.000 Verschwundenen im Land. Einige NGO sagen, dass diese Zahl um das Dreifache höher sei.² Man spricht auch von 70.000 verschwundenen Migrant:innen zwischen 2004 und 2018. Diese Statistiken müssen jedoch noch verfeinert werden. Die ersten hier erfassten Verschleppungen in Mexiko begannen im Jahr 1964. Es war der Beginn des sogenannten

«schmutzigen Krieges», als der mexikanische Staat massive Repressionen gegen Bauernbewegungen – egal, ob es sich um Guerillas handelte oder nicht – einsetzte. Ein Grossteil dieser Verschleppungen fand in Guerrero statt, einem der drei am stärksten marginalisierten und indigenen Bundesstaaten des Landes. Schätzungen zufolge hat der schmutzige Krieg, der sich vor allem auf die 1970er Jahre konzentrierte, zwischen 1964 und 2006 rund 10.000 Menschen verschwinden lassen.

Im Jahr 2006 erklärte dann die katholische Kirche, die an der Macht war, den «Krieg gegen den Drogenhandel». Seitdem verschwanden 120.000 Personen. Angeblich gab es Ende der 1980er und in den 1990er Jahren eine Pause bei den Verschleppungen. Diese Sichtweise lässt jedoch die zahlreichen Verschleppungen und Femizide ausser Acht, die an der Nordgrenze des Landes (insbesondere in der Stadt Ciudad Juárez) stattfanden und sich gegen Frauen, oft Migrantinnen und Arbeiterinnen in den Maquiladoras, richteten.³

Dennoch markierte das Jahr 2006 mit der brutalen Militarisierung der Gesellschaft einen Wendepunkt in der mexikanischen Gesellschaft. Seitdem verdoppelte sich die Zahl der Militärangehörigen, während die USA modernste militärische Ausrüstung lieferten. Waffen, die legal für die Armee oder die Gendarmerie gekauft wurden, gerieten illegal in Umlauf. Der vom damaligen Präsident Calderón initiierte Krieg gegen die Drogenkartelle – mit Ausnahme des damals mächtigsten Kartells (dem Sinaloa-Kartell), mit dem der Staat verhandelte – hatte somit einen erheblichen Anstieg der Massaker und Verschleppungen zur Folge.

Fahren wir mit der Litanei der Zahlen fort: Zwischen 2006 und 2021 hat der Krieg gegen die Drogen 352.093 Todesopfer gefordert! (Zum Vergleich: Der Krieg im Irak zwischen 2003 und 2011 forderte nach offiziellen Angaben knapp 115.000 Todesopfer). Täglich gibt es zwischen 10 und 30 Frauenmorde. Die

bewaffnete Gewalt wird zu 99 Prozent von Männern ausgeübt. Man müsste jedoch über die Statistik hinausblicken, um die soziale Realität und die menschlichen Schicksale hinter diesen Zahlen zu erfassen.

Die Gewalt ändert ihren Charakter

Die Gewalt in Mexiko ist seit 2006 explosionsartig angestiegen, aber diese Gewalt hat auch die Art der Verschleppungen verändert. In den 1960er Jahren waren Verschleppungen, wie in den südamerikanischen Diktaturen, das Werk des Staates, der seine Gegnerinnen bekämpfte, indem er sie vernichten wollte. Das Verschwinden von Menschen konnte mit dem Diebstahl von Kindern von Oppositionellen einhergehen, um sie Familien von Militärangehörigen oder Regimeanhängerinnen zu geben. Dies gilt vor allem für Argentinien und Chile, nicht oder nur in geringem Masse für Mexiko. Seit 2006 ist es nicht mehr nur der Staat, der Menschen verschwinden lässt. Das Phänomen trifft alle Bereiche der Gesellschaft, auch wenn die grosse Mehrheit der Verschleppten junge Männer zwischen 25 und 40 Jahren oder sehr junge Frauen, sogar Teenagerinnen, sind, die überwiegend aus marginalisierten Bevölkerungsgruppen stammen, d. h. indigene und/oder arme Menschen. Aber auch Ältere oder Menschen aus wohlhabenden Schichten können zu Opfern werden. Das Verschwinden kann schlussendlich jeden treffen. Diese Verschleppungen sind überwiegend das Werk des organisierten Verbrechens. Aber bestimmte Bereiche des Staates, der Armee, der lokalen Behörden oder andere können daran beteiligt sein, wie das symbolträchtige Beispiel der 43 verschwundenen Studierenden von Ayotzinapa, einer Hochschule zur Ausbildung von Grundschullehrerinnen in Guerrero,⁴ zeigt.

Die Massifizierung des Verschwindens als soziales Phänomen wirft die Frage auf: Warum? Warum geschieht dies in einem solchen Ausmass? Wie bereits erwähnt, ist die Logik klar, die in den südamerikanischen Diktaturen oder in Mexiko in den 1960er und 1970er Jahren am Werk war: die Opposition im Rahmen der Aufstandsbekämpfung zu terrorisieren und zu lähmen. Welche politisch-soziale Logik ist aber derzeit in Mexiko am Werk? Darauf gibt es bisher keine eindeutigen Antworten. Die Vorgehensweise wie diejenige der Aufstandsbekämpfung hat sich in kriminellen Gruppen verbreitet, zumal die Grenze zwischen bestimmten Teilen der Armee und dem Drogenhandel sich mehr als verschwommen herausgestellt hat, um es milde auszudrücken. Die Kartelle haben diese Praxis übernommen. Aber warum? Wenn es sich bei der Motivation um die Ausübung von Terror handelt, ist das Verschwindenlassen von Menschen nicht notwendig. Um die Bevölkerung zu terrorisieren, haben die Kartelle ja bereits zu anderen Mitteln gegriffen: Massaker verübt, Leichen an Autobahnbrücken aufgehängt oder Köpfe auf Pfählen aufgespießt.

Ein Teil der verschwundenen mexikanischen Frauen und Kinder landet im Sexhandel, ebenso wie zahlreiche Migrantinnen. Ein anderer Teil wird Opfer von Organhandel. Genaue Zahlen zu diesen beiden Formen des Menschenhandels gibt es nicht. Zeugenaussagen berichten auch, dass Menschen entführt werden, um auf Mohn- oder Marihuana-Feldern oder in Drogenlabors als Sklavinnen zu arbeiten: Schlecht untergebracht, schlecht ernährt, geschlagen, vergewaltigt, werden sie bis zu ihrem Tod durch Erschöpfung ausgebeutet. Die Leichen können dann verbrannt oder in Säurebehälter getaucht werden. Andere berichten, dass junge Männer verschleppt werden, um Handlanger der Kartelle zu werden. Wenn sie sich weigern, sterben sie.

Seit Beginn des Krieges gegen die Drogen macht sich der Staat beliebt, indem er offiziell behauptet, dass nur das organisierte Verbrechen für das Verschwinden von Menschen verantwortlich sei. Der Staat verschafft sich auf billige Weise ein neues Image und verschleiern dabei sowohl seine vergangenen Verbrechen als auch seine gegenwärtigen Verstrickungen. Wir müssen darauf achten, die offizielle Version des Staates nicht zu verstärken, wenn wir uns mit diesem Phänomen befassen.

Die sozialen und gesellschaftlichen Folgen sind zahlreich und vielfältig. Eine der auffälligsten ist die Ausgrenzung, der die Familien der Verschwundenen zum Opfer fallen können. Wenn deine Angehörige oder dein Angehöriger verschwunden ist, dann wird vermutet, sie oder er hätte etwas mit den Kartellen zu tun gehabt. Selbst wenn das in gewissen Fällen stimmen könnte, sind diese Verschwundenen lediglich kleine Handlanger des Drogenhandels, die entweder von den Killern der kriminellen Gruppen oder von Armut und Überlebensnot gezwungen wurden. Die hohen Kreise der Kartelle sind in keinem Fall betroffen. Es kommt also zu einer Kriminalisierung der Armut durch das Verschwinden von Menschen.

Buscadoras – die Suchenden

Im Jahr 2011 wurde der Sohn von Javier Sicilia, einem in Mexiko bekannten Dichter und Schriftsteller, zusammen mit sechs weiteren Personen in Morelos vom organisierten Ver-

brechen ermordet. Nach diesem Mord gründete Sicilia eine Bewegung, die mit Friedenskarawanen durch das Land zog. Neben diesen Karawanen entstanden Karawanen von Migrantinnen-Familien aus Mittelamerika auf der Suche nach ihren verschwundenen Angehörigen. Diese Dynamik führte zur Gründung zahlreicher Kollektive zur Suche nach Verschwundenen in allen Bundesstaaten: die Kollektive der «buscadoras», der Suchenden. Bei den «Madres buscadoras», den suchenden Müttern, sind natürlich vorwiegend Mütter aktiv, aber auch Ehefrauen, Schwestern oder Tanten von Verschwundenen. Wenn man die Vielfalt der Menschen sieht, aus denen sich diese Kollektive zusammensetzen, wird einem bewusst, welche Auswirkungen das Verschwinden auf die Familien hat. Jedes Verschwinden betrifft und traumatisiert eine grosse Anzahl von Menschen, da die Familien oft sehr gross sind. Es kommt häufig zu Trennungen und Scheidungen. Die Buscadoras sind auch selbst Opfer des Verschwindens, da sie häufig Krankheiten entwickeln, die von Depressionen über Schlaflosigkeit bis hin zu Diabetes oder anderen medizinischen Problemen wie Schilddrüsen- oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen reichen. Darüber hinaus werden sie oft sowohl von ihren Nachbarinnen als auch vom Staat ausgegrenzt, falls sie nicht aufgrund ihrer Forschungstätigkeit ganz einfach ermordet werden.

Bei den Suchaktionen, die entweder durch einen anonymen Anruf oder durch logische Schlussfolgerungen aus spärlichen Hinweisen (z. B. ein Kleidungsstück, eine Tasche oder ein Schuh im Wald) ausgelöst werden, begibt sich die Gruppe in ein Gebiet, in die Berge, in die Wüste usw. und sondiert mit langen Stöcken den Boden. Wenn der Stock beim Herausziehen einen Verwesungsgeruch verströmt, muss gegraben werden, um mögliche Überreste oder Massengräber zu finden. Einer der Slogans der Buscadoras lautet: «Jeder Kampf ist legitim. Der Kampf der Buscadoras ist nicht nur legitim, sondern auch schmerzhaft.»

Um sein Gewissen zu beruhigen, hat der Staat eine nationale Suchkommission eingerichtet und gibt vor, die Buscadoras zu schützen, indem er ihnen die Anwesenheit von Polizei- oder Militärkräften während



Aktivistinnen der «Madres Buscadoras» (Suchende Mütter). Foto: Nancy Cázares

der Suchaktionen vorschreibt. Zahlreiche Zeugenaussagen prangern die verächtliche Haltung der sogenannten Ordnungskräfte an, ganz zu schweigen davon, dass die Polizei oft sehr spät eintrifft oder vor Ende der Suchaktion wieder abzieht und die Gruppe der Buscadoras schutzlos zurücklässt. Anfang 2025 kam es in Mexiko zu einem Skandal, der symptomatisch für diese Situation ist. Im März desselben Jahres entdeckten Suchende auf einer Ranch im Bundesstaat Jalisco die Überreste von 200 Leichen in einem Massengrab sowie die Überreste von Krematorien. Der Skandal rührt unter anderem daher, dass diese Ranch einige Wochen zuvor von der Nationalgarde besucht worden war, die jedoch nichts gefunden hatte. Seit Jahren wurde diese Ranch von den Anwohner:innen als verdächtig angesehen, da dort Geländewagen mit getönten Scheiben und Personen mit verdeckten Gesichtern auftauchten. Die erste Reaktion der mexikanischen Präsidentin in ihrer täglichen morgendlichen Pressekonferenz war die Frage, ob die Buscadoras nicht selbst die Beweise herbeigeschafft hätten. Der Generalstaatsanwalt der Republik (entspricht dem Justizminister) erklärte, dass es auf dieser Ranch keine Krematorien gegeben hätte, und stellte damit die Version der Busca-

doras in Frage. Weniger als einen Monat nach der Entdeckung dieser Ranch und in einem Klima der Verachtung und des Misstrauens gegenüber den Buscadoras wurde die Mutter eines Vermissten mit ihrem anderen Sohn ermordet. Sie hatte nach ihrem vermissten Sohn gesucht und an den Entdeckungen auf der Ranch mitgewirkt. Die Morde an «Buscadoras» haben leider seit dem Amtsantritt von Claudia Sheinbaum im Oktober 2024 zugenommen. Bemerkenswert ist die fast vollständige Straffreiheit der Verantwortlichen für das Verschwindenlassen, denn «zwischen 2006 und 2019 wurden 11.706 Ermittlungen wegen (erzwungenem oder nicht erzwungenem) Verschwinden eingeleitet, aber nur 39 Verurteilungen ausgesprochen»⁵.

Die Kollektive der Buscadoras zeigen eine seltene Würde und Kampfbereitschaft. Jedes Jahr am 10. Mai sind die Buscadoras in der Öffentlichkeit besonders präsent. Dieser Muttertag in Mexiko ist Anlass für Demonstrationen der Buscadoras und ihrer Unterstützer:innen unter dem Motto «nada que festejar», «Es gibt nichts zu feiern». Die Buscadoras zwingen die Institutionen zum Handeln. So wird der Staat mit unerwarteten Problemen, wie der sogenannten «Krise der Gerichtsmedizin», konfrontiert. Die Masse

an nicht identifizierten Leichen, die regelmässig Schlagzeilen macht, ist kaum noch zu bewältigen; die Leichenhallen sind überfüllt, einige quellen buchstäblich über. Schätzungen zufolge wurden zwischen 2006 und 2021 rund 52.000 nicht identifizierte Leichen unter mehr oder weniger akzeptablen Bedingungen vom Staat gelagert. Gleichzeitig kommt es vor, dass die Kartelle und ihre Helfershelfer einfach einen mit Leichen gefüllten

Kühlwagen, einen Container oder einen Lieferwagen, am Strassenrand zurücklassen.

Die Menschlichkeit einer Gesellschaft hängt davon ab, wie sie mit ihren Toten umgeht. Das sagt alles.

Cédric Bertaud, Radio Zinzine

1. Wir übernehmen den Titel einer wissenschaftlichen Studie (auf Französisch), aus der ein Teil der Informationen in diesem Artikel stammt: «Mexique, une terre de disparu-es», kollektiv unter der Leitung von Sabrina Melenotte, «Fondation de la Maison des sciences de l'homme» und «Institut pour la Recherche et le Développement», 2021

2. Offizielle Zahlen aus dem nationalen Register.

3. Maquiladoras sind Fabriken in Freihandelszonen, hier in der Nähe der USA, in denen das Arbeitsrecht nicht oder nur in geringem Umfang gilt.

4. In der Nacht vom 26. auf den 27. September 2014 wurden 43 Lehramtsstudierende der Hochschule von Ayotzinapa in der Kleinstadt Iguala im süd-mexikanischen Bundesstaat Guerrero entführt. Seither sind sie verschwunden.

5. Aus: «Mexique, une terre de disparu-es»

SCHWEIZ - MOBILITÄT HILFT GEGEN ISOLATION

Doch Mobilität ist teuer, sehr teuer – zu teuer. Deshalb sammeln wir bereits zum fünften Mal Geld, um Halbtax-Abos für abgewiesene Geflüchtete, Sans-Papiers und asylsuchende Menschen zu kaufen. Das Ziel: mindestens 400 Halbtax in diesem Jahr.

Abgewiesene Geflüchtete und asylsuchende Personen müssen oft in abgelegenen Asylcamps leben, dürfen keiner Erwerbsarbeit nachgehen und erhalten nur minimale finanzielle Unterstützung. Das isoliert und zermürbt. Gegen diese Isolation hilft Mobilität. Doch es gibt ein Problem: Für ÖV-Tickets reicht das Geld kaum. Ein Halbtax-Abo kann einen entscheidenden Unterschied machen.

Ein Halbtax-Abo macht es möglich(er), Beziehungen zu pflegen, an Treffen teilzunehmen, kulturelle und politische Veranstaltungen zu besuchen oder Sport zu treiben. Abgewiesene Asylsuchende und Sans-Papiers können ausserdem bei Kontrollen den Halbtax-SwissPass als Legitimierung vorzeigen.

Spenden an:
Soliticket, 3027 Bern,
IBAN: CH69 0900 0000 1610 8622 2, Betreff: Soliticket
Mehr Informationen: www.migrant-solidarity-network.ch



Ein Halbtax-SwissPass kann helfen, dass diese Polizisten und Polizistinnen auch Geflüchtete so freundlich anlächeln und nicht den Hund loslassen.. Foto SBB.



USA / EUROPA

ICE – Trumps politische Polizei

Schon 2025 tötete die ICE¹ 32 Menschen. Es waren aber die Hinrichtungen von zwei weissen Aktivist:innen in Minneapolis im Januar 2026, die eine beispiellose Welle von Reaktionen auslösten. Das sagt viel aus über unsere Toleranz gegenüber Gewalt, solange sie andere betrifft. ICE, das Symbol für den rasanten autoritären Kurs der Vereinigten Staaten, macht auch in Europa Schule.

Laut dem Forscher und Experten für autoritäre Regime, Lee Morgenbesser, ähnelt die ICE den Geheimpolizeien autoritärer Staaten: Sie geht gegen Oppositionelle und Dissident:innen vor, wird von keiner anderen Behörde kontrolliert und untersteht direkt dem Staatsoberhaupt. Die Identität ihrer Mitglieder und ihre Operationen sind geheim, sie ist auf politische Überwachung und Spionage spezialisiert, nimmt willkürliche Durchsuchungen, Verhaftungen und Verhöre vor und wendet unbefristete Inhaftierungen, Verschleppungen und Folter an. Die ICE existierte schon lange vor Trump, sie entstand in Folge des «National Security Acts», als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001. Die Rhetorik vom «Feind im eigenen Land» geht auf diese Zeit der amerikanischen Geschichte zurück. Die ICE deportiert und tötet schon seit Jahren. Die Obama-Regierung ist für 3 Millionen Ausschaffungen verantwortlich. Unter Trump ist die ICE aber zweifellos massiver und sichtbar gewalttätiger geworden. Und vor allem zu einem Propagandainstrument des Trump-Regimes.

Dass die ICE sich gerade auf Minnesota stürzt, ist kein Zufall. Minneapolis gehört zu den sogenannten «Sanctuary cities»; die kommunalen Behörden arbeiten also nicht aktiv mit der Einwanderungsbehörde zusammen. Dass der Sozialstaat dort funktioniert und Migrant:innen ohne Papiere geschützt werden, ist für den Trumpismus ein Affront. Es ist ein Beweis gegen den Sicherheitsdiskurs und die Rhetorik des inneren Feindes. Die Gestapo-Funktion der ICE ist nur die Kristallisierung der Machtverhältnisse unter der neuen US-Regierung. Die Angriffe der ICE richten sich nicht nur gegen Migrant:innen, sondern gegen alle, die sich gegen das Trump-Regime wehren.

Abgleiten in den Faschismus

Durch Trumps Rückkehr an die Macht stieg die Toleranz gegenüber Gewalt, die bereits in den Jahren zuvor zugenommen hatte. Gleichgültigkeit gegenüber Gewalt, solange sie Menschen betrifft, die allein deshalb als gefährlich eingestuft werden, weil sie nicht Teil der «nationalen Gemeinschaft» sind, ist

ein gefährlicher Präzedenzfall. Und seien wir ehrlich: Wir sind schon so weit, auch in Europa. Das Ausmass der Polizeigewalt und die Weigerung der Behörden, sich damit auseinanderzusetzen, zeigen das ganz deutlich. Genauso wie die Millionen, die in die Unterdrückung, Inhaftierung und Abschiebung von Migrant:innen gesteckt werden. Genau das macht die nächsten Schritte möglich. Die schon bald kommen werden. Die im Ausschuss des Europäischen Parlaments verabschiedete «Rückführungsrichtlinie» schafft die Voraussetzungen für die Entstehung einer europäischen ICE. Während die Europäische Grenzschutzagentur Frontex diese Rolle an den Aussengrenzen und darüber hinaus bereits erfüllt, könnte diese Art von Miliz dank der Zustimmung der europäischen Rechten künftig auch innerhalb des Hoheitsgebiets agieren. Der Text würde die Mitgliedstaaten verpflichten, «Massnahmen zur Aufspürung» von Menschen ohne Papiere einzuführen, selbst wenn dies Durchsuchungen in Privathäusern und «anderen relevanten Orten» bedeutet. Er zielt offensichtlich darauf ab, Abschiebungen zu erleichtern, auch durch die Überstellung von Menschen in Zentren ausserhalb der EU.

Wer dem Faschismus keinen Millimeter nachgeben will, muss die Sicherheitsrhetorik vom inneren Feind radikal ablehnen. Die Vorstellung, dass es Illegale und Nicht-Illegale gibt, ist ein wesentlicher Bestandteil davon. Je weiter der Autoritarismus voranschreitet, desto subversiver wird die Vorstellung, dass die Erde ein Gemeingut und Bewegungsfreiheit ein politisches Ziel ist. Sie ist mehr als notwendig, um eine Welt ohne Faschismus zu verwirklichen.

Sophie Guignard,
Sosf (Solidarité sans frontières)

1. ICE = US-Behörde »Immigration and Customs Enforcement«

SCHWEIZ



*Podium:
Olena Palko
(Departement Geschichte),
Maxim Butkewitsch,
Lesja Levko
(Übersetzung),
Anna Hodel
(Slawistik)*

Maxim Butkewitsch über Freiheit und Verantwortung

Am 20. März hat ein Podiumsgespräch unter dem Titel «Was bedeutet Freiheit für die Ukraine, für Europa?» mit dem bekannten ukrainischen Journalisten und Menschenrechtsverteidiger Maxim Butkewitsch an der Universität Basel stattgefunden, organisiert vom «Profilbereich Osteuropa», unterstützt vom Europäischen

Bürger:innen Forum, Pro Longo maï, dem Ukrainischen Verein Schweiz/Basel, URIS (Ukrainian Research in Switzerland), der reformierten Kirche Basel-Land und die Evangelisch-reformierte Kirche Basel-Stadt. Der Hörsaal in der Universität war vollbesetzt und das Publikum äusserst konzentriert – ein gutes Zeichen dafür, dass das Interesse am Schicksal der Menschen in der Ukraine nicht nachlässt.



Wir danken noch einmal allen Menschen, die sich in den letzten Jahren für Maxim Butkewitsch eingesetzt haben und nun dazu beigetragen haben, den Hörsaal der Universität Basel zu füllen.

BERICHTIGUNG

Wir haben im letzten Archipel am Rande eines Artikels über Venezuela kurz über Cecosesola berichtet und müssen richtigstellen, dass das EBF nicht Cecosesola direkt unterstützt, da sie auf ihrer autonomen Wirtschaft basieren, sondern das Aus-

tauschprojekt «Intercambio» zwischen dem Kooperativennetz Cecosesola im Nordwesten Venezuelas, das inzwischen seit 59 Jahren (!) besteht, und Kollektivprojekten in Europa.

Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org